

Umweltschutz

Inhalt

1. Einstieg	4
2. Analytischer Teil	5
2.1 Definition von Ausgaben für Umweltschutz	5
2.2 Gesamtausgaben für Umweltschutz nach Umweltbereichen in Österreich	5
2.3 Umweltschutz im Bundeshaushalt	5
2.4 Steuerliche Leistungen im Umweltbereich	13
3. Tabellenteil	14
4. Technischer Teil	19
4.1 Veranschlagung und Verwendung der Umweltausgaben im Budget	19
4.2 Definition der Umweltschutzausgaben nach EUROSTAT	19

1. Einstieg

Umweltschutz schafft Lebensqualität. Gleichzeitig ist eine funktionierende Umwelt Bedingung für einen attraktiven Wirtschaftsstandort und Grundstein für den Wohlstand nachfolgender Generationen. Österreich hat im Jahr 2008 lt. STATISTIK AUSTRIA insgesamt 12,5 Mrd. € für den Umweltschutz aufgewendet¹.

Umweltschutz ist auch Menschenschutz. Die gesellschaftliche Integration umwelt- und klimapolitischer Zielsetzungen durch institutionelle Einbindung und Verwendung marktorientierter Mechanismen zeigt mittlerweile ihre Wirkung. In den Politikfeldern Industrie, Energie, Verkehr und Landwirtschaft wurden hier seit den 80er Jahren wesentliche Fortschritte gemacht; aber auch in den Bereichen Handel, Entwicklungshilfe und Finanzpolitik haben umweltpolitische Fragestellungen seit den 90er Jahren zunehmend an Gewicht gewonnen. Auf nationaler Ebene entstanden dadurch neue Allianzen. Die Querschnittsmaterie Umwelt wurde von allen Ministerien stärker wahrgenommen. Trotz Finanzkrise können heute Ziele im Umweltschutz weit effektiver verfolgt und Maßnahmen zeitgerecht gesetzt werden.

Umweltschutz braucht konkrete Handlungen. Wesentliche Ziele des Umweltschutzes sind die Integration von externen Umweltkosten in die Kalkulation von Mobilitäts- und Dienstleistungspreisen sowie die Umsetzung des Verursacherprinzips (polluter pays principle). Mit der Verpflichtung, die Treibhausgas-Emissionen um 13 % auf Basis 1990 zu reduzieren, hat sich Österreich im Rahmen der Kyoto-Lastenteilungsvereinbarung der EU ein sehr ehrgeiziges Ziel gesteckt.

Umweltschutz muss nachhaltig wirken. Ziel der EU-weiten Nachhaltigkeitsdebatte ist eine Entwicklung, die den Bedürfnissen der heutigen Generation entspricht, ohne die Ressourcen zukünftiger Generationen zu gefährden. Niederschlagen muss sich ein solch nachhaltiger Prozess in der Entkopplung des Wirtschaftswachstums vom Energie- und Ressourcenver-

brauch, vom Abfallaufkommen und von der Belastung durch Emissionen. Dementsprechend hoch ist auch der Stellenwert nachhaltigen Wirtschaftens in Europa: So wurden von Seiten der europäischen Kommission die umweltpolitischen Kennzahlen „Treibhausgase-Kyotozielabweichung“ und „Energieintensität“ als zwei von 14 zentralen politischen Strukturindikatoren definiert. Österreich verzeichnet in diesem Zusammenhang zwar noch eine überdurchschnittliche Kyotozielabweichung, weist jedoch im europäischen Vergleich weiterhin günstige Werte im Bereich der Treibhausgas- und Energieintensität aus. Insbesondere im Feld der Energieintensität liegt Österreich dabei deutlich unter dem EU-Durchschnitt.

Umweltschutz hat Zukunft. Die österreichische Bundesregierung hat sich dazu verpflichtet, den Umweltschutz weiter zu forcieren und mit zahlreichen Maßnahmen und zusätzlichen Mitteln stärker auszubauen. Die Ausweitung der finanziellen Leistungen im Rahmen des Umwelt- und Klimaschutzes in der Höhe von zusätzlichen 206,2 (BVA 2011) bzw. 370,4 Mio. € (BVA 2012) gegenüber dem Erfolg 2010 sind Beleg dafür, dass diese umweltspezifischen Bemühungen sich auch im Budget widerspiegeln. Betrachtet man die Umweltförderung gesamtökonomisch, so zeigt sich, dass neben der primären Zielsetzung des Klima- und Umweltschutzes auch bedeutende ökonomische Effekte insbesondere im Bereich der Beschäftigung erreicht werden.

¹ Dies umfasst die aktuellsten Schätzungen der Statistik Austria für die gesamten Umweltschutzausgaben (öffentlicher und privater Sektor). Siehe hierfür auch Abschnitt 2.2.

2. Analytischer Teil

2.1 Definition von Ausgaben für Umweltschutz

Um die Ausgaben für Umweltschutz zielgenau abzugegrenzen, bedarf es einer präzisen und zudem international anerkannten Definition. Die Statistik Austria folgt hier der Vorgehensweise von EUROSTAT, welche im Handbuch des SERIEE (Système Européen de Rassemblement de l'Information Economique sur l'Environnement) eine weltweit verwendete Definition (CEPA - Classification of Environmental Protection Activities and Expenditure) von Umweltschutzaktivitäten festgeschrieben hat. Folgende neun Themenbereiche werden unter dem Begriff Umweltschutzaktivität subsumiert:

- Luftreinhaltung und Klimaschutz
- Abwasserbehandlung und -vermeidung
- Abfallbehandlung und -vermeidung
- Boden-, Grund- und Oberflächenwasserschutz
- Lärmschutz
- Schutz der biologischen Vielfalt und Landschaft
- Strahlenschutz
- Forschung und Entwicklung
- Sonstige Aktivitäten

2.2 Gesamtausgaben für Umweltschutz nach Umweltbereichen in Österreich

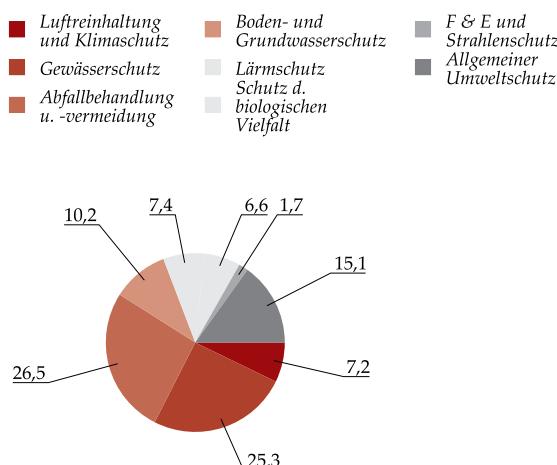
Im Jahr 2008 wurden in Österreich die nationalen Ausgaben für den Umweltschutz vom öffentlichen Sektor (11,9 %), von Unternehmen (58,4 %), von privaten Haushalten (27,6 %) und der EU (2,1 %) finanziert. Der Entwicklung der Jahre zuvor entsprechend, floss ein Großteil dieser Gesamtaufwendungen in zwei Kernbereiche der österreichischen Umweltpolitik: in die Abfallwirtschaft (26,5 %) und in den Gewässerschutz (25,3 %).

Weitere wesentliche Aufwendungen kamen der Luftreinhaltung und dem Klimaschutz (7,8 %), dem

Schutz der biologischen Vielfalt und Landschaft (6,6 %) sowie dem Boden- und Grundwasserschutz (10,2 %) zugute. Insgesamt 7,4 % der Gesamtausgaben wurden für den Lärmschutz aufgebracht. Die restlichen 16,7 % verteilten sich auf die Bereiche allgemeiner Umweltschutz, Forschung und Entwicklung sowie Strahlenschutz.

In der Verteilung der Gesamtausgaben spiegeln sich auch die rechtlichen Rahmenbedingungen der letzten Dekade wider: während insbesondere durch die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie bzw. die Bestimmungen des Umweltförderungsgesetzes die Ausgaben im Bereich des Gewässerschutzes sowie des Boden- und Grundwasserschutzes kontinuierlich anstiegen, hat der Klimaschutz mittlerweile – u. a. bedingt durch die Verpflichtungen im Rahmen des Kyoto-Protokolls – an Bedeutung gewonnen.

Verteilung der Umweltschutzausgaben 2008 in %



Quelle: Statistik Austria, 2011; Umweltschutzausgabenrechnung 2008

2.3 Umweltschutz im Bundeshaushalt

Im BVA 2012 sind – über alle Untergliederungen hinweg – Ausgaben für Umweltschutz in der Höhe von 1.679,43 Mio. € veranschlagt. Gegenüber den Vorjahren ist im österreichischen Bundeshaushalt weiterhin eine klar steigende Tendenz (Erfolg 2009: 1.324,69 Mio. €; Erfolg 2010: 1.309,02 Mio. €) erkennbar.

Bei der Gliederung der Ausgaben für Umweltschutz nach zuständigen Ressorts zeigt sich, dass hin-

sichtlich des BVA 2012 insbesondere im BMLFUW eine deutliche Steigerung gegenüber dem Erfolg 2010 zu verzeichnen ist: Die umweltspezifischen Ausgaben in den Untergliederungen für Umwelt und Klimaschutz (UG 43) sowie Land-, Forst- und Wasserwirtschaft (UG 42) sind im betreffenden Jahr um 206,22 Mio. € höher veranschlagt als jene im Erfolg 2010.

Im Budget des BMVIT sind für das Jahr 2012 rund 103 Mio. € für den Umweltschutz vorgesehen – den übrigen Ressorts (BMUKK, BMWF) steht in diesem Zusammenhang in Summe eine knappe Mio. € zur Verfügung.

Im Rahmen des Finanzausgleichs werden durch das Zweckzuschussgesetz umweltrelevante Ausgaben an die Länder überwiesen. Seit dem Jahr 2008 erhalten die Länder diese Mittel als Ertragsanteile (siehe dazu auch die Beilage „Zahlungsströme zwischen den Gebietskörperschaften“).

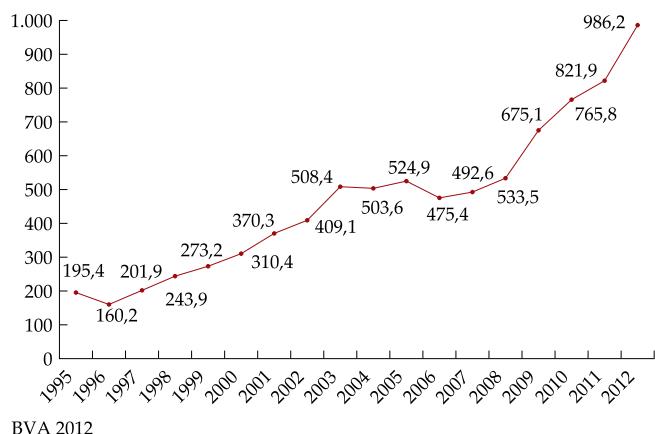
2.3.1 Ausgaben der Budget – Untergliederung 43

Die Untergliederung 43 (UG 43) behandelt unmittelbar den Bereich Umwelt. Seit dem Jahr 1995 lässt sich hier ein grundsätzlich steigender Trend feststellen: Verzeichnete der budgetäre Erfolg im Jahr 1995 ein Ausgabenvolumen von insgesamt 195 Mio. €, so sind für das Jahr 2012 bereits 962,97 Mio. € vorgesehen. Für den Zeitraum 1995-2012 entspricht dies einer nominellen Steigerung von rund 394 % gegenüber dem Basisjahr 1995.

Zu bedenken ist, dass in der klassischen Umweltförderung (Altlasten, Siedlungswasserwirtschaft und betriebliche Umweltförderungen im Inland und Ausland) die finanzierten Projekte grundsätzlich mehrjährig angelegt sind. Die Auszahlung der Fördermittel, welche ihrerseits in der UG 43 abgebildet werden, ist jedoch vom Projektfortschritt abhängig. Dadurch korreliert innerhalb eines Budgetjahres das Volumen der Förderungszusagen nicht zwangsläufig mit den tatsächlich getätigten Auszahlungen.

Ausgaben der Untergliederung 43 für den Umweltschutz

in Mio. €



Ausgaben für Umweltschutz in den Ressorts in Mio. €

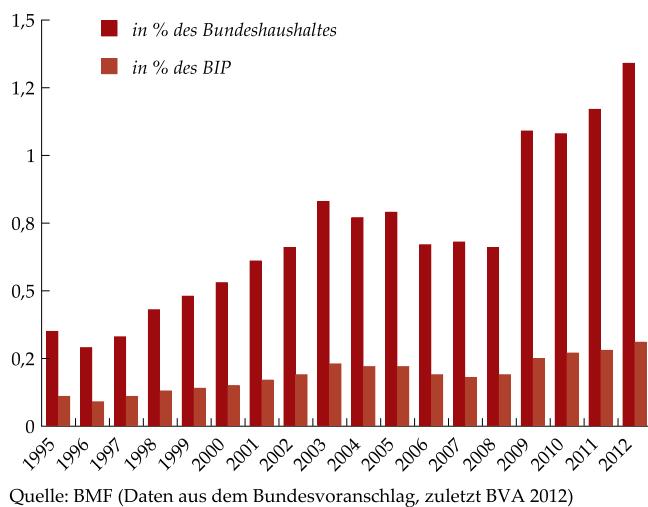
	Erfolg 2009	Erfolg 2010	BVA 2011	BVA 2012
BM Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (BMLFUW)	1.126,18	1.309,02	1.515,24	1.679,43
BM Finanzen Finanzausgleich Untergliederung 44	0	0,00	0,00	0,00
BM Verkehr, Innovation und Technologie (BMVIT)	15,98	29,99	74,97	97,79
Sonstige (BMUKK, BMWF)	0,84	1,17	1,15	1,15
Summe	1.143,00	1.340,18	1.591,36	1.778,37

Quelle: BMF

Umweltschutzausgaben in Relation zum Bundeshaushalt und zum BIP²

Der Anteil der Umweltschutzausgaben am Bundeshaushalt bzw. Bruttoinlandsprodukt steigt ebenfalls. Gegenüber 1995 erhöhte sich der relative Anteil am Bundeshaushalt für 2012 um fast einen Prozentpunkt auf 1,34 Prozentpunkte. Der Anteil am Bruttoinlandsprodukt zeigt annähernd eine prozentuelle Verdreifachung.

Ausgaben der Untergliederung 43 (Umwelt)



2.3.2 Umweltförderungen des Bundes – Überblick

Insgesamt wurden im Jahr 2010 fast 6.000 Projekte für den Umwelt- und Klimaschutz genehmigt. Über alle Förderungsbereiche hinweg entspricht dies einer Erhöhung der Zahl der geförderten Projekte um 10 % gegenüber dem Jahr 2008. Das Jahr 2008 wird als Referenzjahr herangezogen, da 2009 aufgrund des Konjunkturpakets für die Thermische Sanierung und fast 22.000 Projekten nicht als Maßstab herangezogen werden kann. Für die hohe Zahl der Förderfälle im Jahr 2009 war zunächst ein genereller Anstieg in den klassischen Säulen des Umweltförderungsgesetzes ausschlaggebend: Diese umfassen neben dem Bereich der Siedlungswasserwirtschaft (SWW) den Sektor der Gewässerökologie und der Betrieblichen Abwasserraumaßnahmen (BAM), die Umweltförderung im Inland

² Seit Februar 2000 Kapitel 61 (bzw. UG 43 ab 2009), davor Kapitel 18. Um die Zeitreihe zu standardisieren, wurden vom Kapitel 18 die damals enthaltenen Personalausgaben abgezogen.

und Ausland (UFI bzw. UFA) und die Altlastensanierung (ALSG).

Nicht berücksichtigt sind hierbei die Projekte des JI/CDM-Programms. Dem Programm wird seit 2005 ein eigener Bericht³ gewidmet, eine Zusammenfassung ist am Ende dieses Kapitels angefügt.

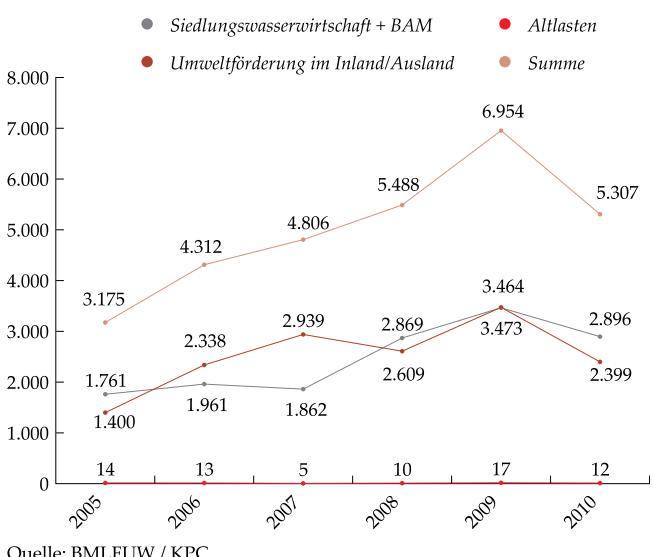
Zugesagte Fälle

Die genehmigten 5.984 Projekte mit einem Förderungsbarwert von insgesamt 280,9 Mio. € lösten ein umweltrelevantes Investitionsvolumen in der Höhe von 1,31 Mrd. € aus. Gemessen am Förderungsbarwert verzeichnet hierbei die Siedlungswasserwirtschaft weiterhin das größte Projektvolumen (48,40 %), gefolgt von der Umweltförderung im In- und Ausland (40,10 %)⁴.

Die Förderungszusicherungen im Rahmen des Konjunkturpakets II wurden 2010 abgeschlossen. Von den 15.556 genehmigten Projekten wurde ein umweltrelevantes Investitionsvolumen von ca. 700 Mio. € ausgelöst.

Im Zeitraum von 1993 bis einschließlich 2010 wurden in den Fördergegenständen insgesamt 69.463 Projekte mit einer Förderung in der Höhe von 6,27 Mrd. € und einem Investitionsvolumen von 21,92 Mrd. € von den beratenden Kommissionen

Zugesagte Fälle in der Umweltförderung des Bundes



³ Die aktuellste Auflage liegt in Form des vom BMLFUW publizierten Berichts „Österreichs JI/CDM-Programm 2010“ vor.

⁴ Die betrieblichen Abwasserraumaßnahmen (BAM) und der Forschungsbereich SWW sind Teil der Siedlungswasserwirtschaft; alle Daten 2009 falls nicht anders angegeben.

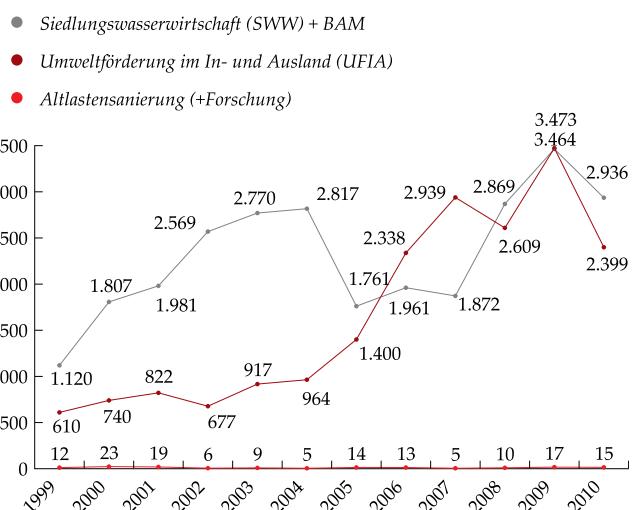
empfohlen⁵. Für 2010 lag der durchschnittliche Förder-
satz über alle Bereiche hinweg bei 21,5 %.

Verlauf der Förderungszusagen

Im langzeitlichen Verlauf ließ sich bis einschließlich 2009 besonders in der Umweltförderung im Inland eine Steigerung der Anzahl der Projekte beobachten. Dies änderte sich im darauffolgenden Jahr. Im Jahr 2010 ging die Anzahl der Förderungsgenehmigungen um ca. 1000 Fälle zurück. Zurückzuführen ist der Rückgang einerseits auf eine Verschiebung hin zu großvolumigeren Projekten, wodurch mit den verfügbaren Ressourcen eine kleinere Anzahl an Projekten durchgeführt wurde. Andererseits ging auch die Anzahl der Förderungsanträge zurück, die u. a. auf eine Umstellung der Förderung für Standardtechnologien auf pauschale Investitionszuschüsse zurückzuführen ist. Diese Umstellung führt ebenso zu einer zeitlichen Verschiebung der Antragstellung, da die Investitionszuschüsse erst nach Projektumsetzung beantragt werden können.

Der Bereich der Siedlungswasserwirtschaft zeigte in den Jahren 2005-2007 zunächst einen deutlichen Rückgang der Zahl der Zusagen. Aufgrund der starken Nachfrage nach Leistungskatasterförderungen konnte bereits im Jahr 2008 ein Anstieg auf ca. 2.800, im Jahr 2009 auf 3.464 genehmigte Projekte verzeichnet werden.

Anzahl der geförderten Projekte im Zeitverlauf



Quelle: BMLFUW/KPC

Nach dem historischen Höchststand an Förderungszusagen im Jahr 2009 ging im Jahr 2010 die Anzahl der Projektanträge um ca. 500 auf 2.896 zurück.

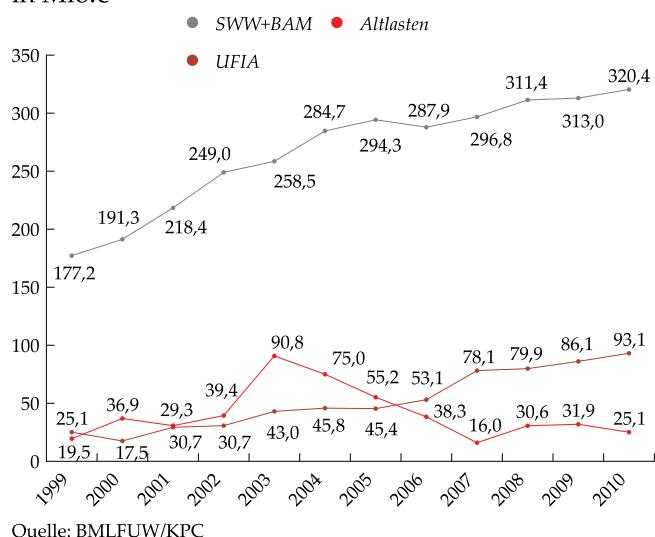
Auszahlungen

Die Auszahlungen für Förderungen umfassen Investitionszuschüsse sowie Finanzierungszuschüsse (z. B. Annuitätenzuschüsse) und betragen im Jahr 2010 in Summe 490,2 Mio. €. Im Zeitraum 1993 bis 2010 wurden insgesamt rund 5 Mrd. € ausbezahlt.

Auffallend ist, dass in den meisten Förderschienen die Auszahlungen über den Beobachtungszeitraum tendenziell anstiegen.

Auszahlungen im Zeitverlauf

in Mio. €

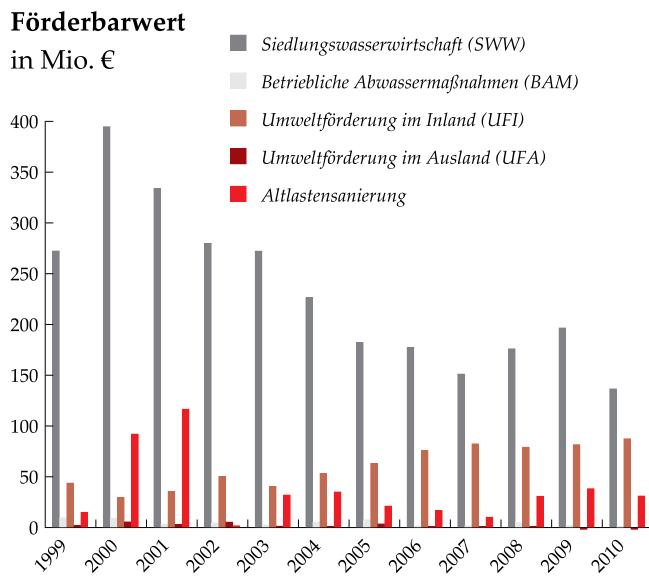


Quelle: BMLFUW/KPC

Förderungsbarwert

Wie aus der folgenden Abbildung ersichtlich wird, ist im Jahr 2010 eine Abnahme des Barwertes in fast allen Förderungsschienen erkennbar. Nur in der Umweltförderung im Inland stieg der Förderungsbarwert um 7,1 %.

⁵ Sofern vorhanden, werden in Folge die Daten ab Inkrafttreten des Umweltfördergesetzes (UFG) im Jahre 1993 angegeben.



Wasserwirtschaft (SWW) und Betriebliche Abwassermaßnahmen (BAM)

Die Förderungen in der Siedlungswasserwirtschaft werden primär in Form von Annuitätenzuschüssen über eine Laufzeit von 25 Jahren gewährt. Der Zusagerahmen ist im Umweltförderungsgesetz 1993 (UFG) geregelt. In den Jahren 1993 bis 2000 durften jährlich Förderungen mit einem Barwert von 283 Mio. € zugesagt werden. Im Jahr 2001 betrug der Förderbarwert 254 Mio. €, in den Jahren 2002 bis 2007 218 Mio. € jährlich. Ab 2008 sank der Zusagerahmen weiter auf 215 Mio. € (2008/09). In den Jahren 2010 bis 2013 können Förderungszusagen mit einem Barwert von maximal 355 Mio. € gewährt werden. Hieron können in den Jahren 2010 und 2011 jeweils maximal 130 Mio. € und im Jahr 2012 max. 95 Mio. € zugesagt werden. Grund für den Rückgang des Fördervolumens ist u. a. der hohe Anschlussgrad sowohl für Wasserversorgungs-, als auch Abwasserentsorgungsanlagen.

Zusätzlich gab es in den Jahren 1993, 1996, 1997, 1998 und 2000 Sondertranchen mit einem Gesamtvolumen von 458 Mio. €, welche aus dem Vermögen des Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds finanziert wurden. Im Jahr 2002 wurde zur Beseitigung der Hochwasserschäden eine weitere Sondertranche im Ausmaß von 50 Mio. € zur Verfügung gestellt.

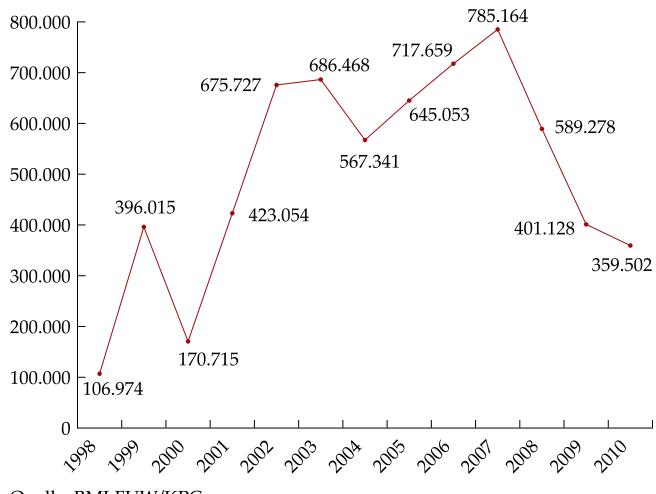
Im Förderungsbereich der Gewässerökologie stehen für die Umsetzung von ökologischen Maß-

nahmen an österreichischen Gewässern bis 2015 Förderungsmittel von 140 Mio. € aus dem Reinvermögen des Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds zur Verfügung. Die Förderung soll Investitionsanreize für Maßnahmen zur Reduzierung von hydromorphologischen Belastungen bieten. Für den Start der Schiene Gewässerökologie wurden im Februar 2009 die entsprechenden Förderungsrichtlinien erlassen.

Umweltförderung Inland und Ausland (UFIA)

Im Bereich der Umweltförderung im Inland begründet sich der Anstieg der Förderfälle auch in einem höheren Zusagerahmen. Dazu ist anzumerken, dass diese Förderungen seit dem Jahr 2000 unter dem Schwerpunkt Klimaschutz (Kyoto – CO₂-Reduktion) vergeben werden. Folgerichtig sind fast 93 % der Förderungsfälle 2010 als klimarelevant eingestuft.

Klimarelevante CO₂-Reduktionen der UFIA in Tonnen



Wie in der oben abgebildeten Grafik ersichtlich, ermöglichen die im Jahre 1998 durch die UFIA geförderten Projekte eine jährliche Reduktion von 106.974 Tonnen an CO₂-Äquivalenten. Im Jahr 2007 konnten bereits 785.164 Tonnen eingespart werden. In den Folgejahren 2008 bzw. 2009 ließ sich dieses Rekordergebnis nicht erreichen: Die entsprechenden jährlichen CO₂-Reduktionen umfassten 589.728 bzw. 401.128 Tonnen. Im Jahr 2010 betrug die Reduktion lediglich 359.502 Tonnen.

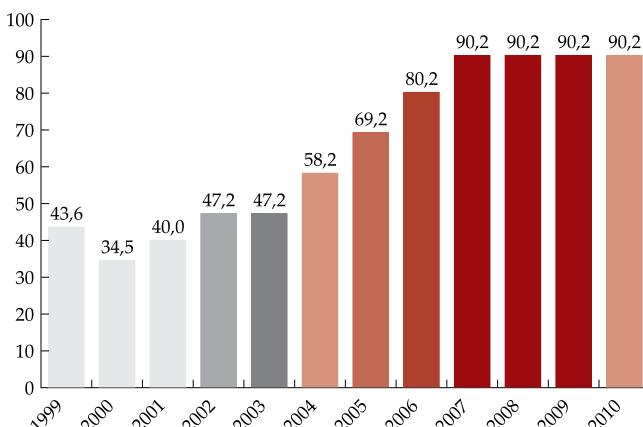
Im Zentrum der klimarelevanten Maßnahmen der UFIA stand auch im Jahr 2010 weiterhin die Förderung von erneuerbaren Energieträgern. Die Bereiche Solaranlagen und Biomasse-Einzelanlagen waren jene mit den meisten Förderzusagen (in Summe 842 Projekte). Über alle UFIA-Schienen hinweg betrug der durchschnittliche Fördersatz rund 15 %, im Jahr 2009 noch 18 %.

Zusagerahmen UFIA ohne thermische Sanierung

Umweltförderungen Inland und Ausland

Zusagerahmen

in Mio. €



Quelle: BMF

Der Zusagerahmen für die Umweltförderung im Inland und Ausland wird in den jeweiligen Budgetverhandlungen festgelegt. Der Zusagerahmen 2000 betrug 35 Mio. €, im Jahr 2001 lag er bei 40 Mio. € und für die Jahre 2002 sowie 2003 wurde ein Rahmen von jeweils 47 Mio. € vereinbart. 2004 gab es eine Steigerung auf 58 Mio. €. 2005 erreicht die Umweltförderung im Inland und Ausland die 69 Mio. €-Marke. Für 2006 und 2007 gab es wiederum Erhöhungen im Ausmaß von jeweils rund 11 Mio. €, so dass 2007 ein neuer Höchststand mit 90,2 Mio. € erreicht wurde. Auch für das Jahr 2010 wurde der Zusagerahmen mit 90,2 Mio. € festgelegt und vollständig ausgeschöpft.

Thermische Sanierung

Im Rahmen des Konjunkturpakets II wurden für die Anreizfinanzierung von Projekten zur thermischen

Sanierung einmalig 100 Mio. € zur Verfügung gestellt. Im Bundesfinanzrahmengesetz 2012 bis 2015 sind jährlich 100 Mio. € für derartige Maßnahmen vorgesehen. Im privaten Wohnbereich konnten in diesem Zusammenhang rund 14.400 Projekte mit einem Förderungsbarwert von 60,6 Mio. € und einem umweltrelevanten Investitionsvolumen von 680 Mio. € abgewickelt werden. Für betriebliche Sanierungsmaßnahmen wurden knapp 530 Projekte mit einem Förderungsbarwert von 18,1 Mio. € genehmigt.

Diese – im Jahr 2009 erfolgten – Zusicherungen führen zu einer jährlichen Einsparung von rund 109.918 Tonnen CO₂; bezogen auf die Nutzungsdauer der Sanierungsobjekte entspricht dies einer Gesamtreduktion von 3,3 Mio. Tonnen CO₂.

Auf Basis der Erfahrungswerte aus der Umsetzung des Konjunkturpaketes II im Jahr 2009 ist zu erwarten, dass durch die für die Jahre 2011 bis 2015 bereitgestellten Mittel ein Investitionsvolumen von mehr als 3 Mrd. € ausgelöst werden wird. Damit ist in den nächsten Jahren ein wesentlicher Beitrag zur Nachhaltigkeit im Klimaschutz, in der Bauwirtschaft und in der Beschäftigung sichergestellt.

Altlasten (ALSAG)

Die Zusagen in der Altlastensanierung sind vom Aufkommen an Altlastenbeiträgen abhängig. Der überwiegende Teil dieses Aufkommens (85 %) steht für konkrete Sanierungs- und Sicherheitsmaßnahmen sowie für Forschungsvorhaben zur Verfügung. Die verbleibenden 15 % können für ergänzende Untersuchungen wie Studien und Projekte im Rahmen der Verdachtsflächenbewertung verwendet werden. Im Jahr 2010 lag der Fokus auf der Sicherung und Sanierung von Schäden aus der Abfalldeponierung und durch Kohlenwasserstoffe. Im Jahr 2011 wurden 15 Projekte mit einem Förderungsbarwert von 31 Mio. € und einem umweltrelevanten Investitionsvolumen von 35,8 Mio. € zum Zwecke der Altlastensanierung genehmigt.

Eine Darstellung des Fördervolumens in der ALSAG als Zeitreihe ist nicht zielführend, da die Mittel in den letzten Jahren unter anderem auch für Ersatzvornahmen verwendet wurden (Sanierung der Fischerdeponie).

Zahlungen an internationale Organisationen / Mitgliedsbeiträge

Die Verantwortung Österreichs im internationalen, multilateralen Umweltschutz spiegelt sich in der Mitgliedschaft des Bundes bei nationalen und internationalen Umweltorganisationen wieder. In der Beilage „Beiträge an internationalen Organisationen“ sind die Mitgliedsbeiträge aufgelistet, die im Jahr 2012 rund 2,627 Mio. € erreichen. Österreich ist folgenden multilateralen Umweltschutzorganisationen bzw. -verträgen beigetreten:

- Treuhandfonds für das Kernbudget der Klimakonvention (UNFCCC)
- Kyoto-Protokoll
- Cartagena-Protokoll (Biologische Sicherheit)
- Biodiversitätskonvention (UNCSD)
- Konvention über weit reichende, grenzüberschreitende Luftverunreinigungen (UN-ECE LTRAP)
- Europäisches Mess- und Auswertungsprogramm für den weiträumigen Transport von Luftschadstoffen (UNECE/ EMEP)
- Umweltfonds der UN (UNEP)
- Treuhandfonds des Wiener Übereinkommens zum Schutz der Ozonschicht
- Multilateraler Fonds und Treuhandfonds des Montrealer Protokolls
- Konvention über die biologische Vielfalt
- Basler Übereinkommen
- Internationale Konvention zur Regelung des Walfangs (IWC)
- Wüstenkonvention
- Ramsar Übereinkommen für Feuchtgebiete
- Übereinkommen über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten frei lebender Tiere und Pflanzen (CITES)
- Internationale Vereinigung zur Erhaltung der Natur (IUCN)
- Wetlands International
- Europarc
- Karpatenkonvention
- Rotterdamer Konvention (PIC)
- Stockholmer Konvention (POP)
- Bonner Konvention
- Implementation and Enforcement of Environmental Law - Umsetzung und Durchsetzung von Umweltrecht (IMPEL)
- Nagoya Protokoll

Wirkungsorientierung im Umweltschutzförderungssystem

Die Effizienz in der Umweltförderung im Inland und im Ausland wird über die Kosten pro reduzierter Tonne CO₂-Äquivalent gemessen (€/t CO₂-Äqu.). Hierbei weisen die verschiedenen Fördergegenstände große Unterschiede auf.

Jenseits der unterschiedlichen Darstellungsoptionen von Förderkosten bemüht sich das BMF in Zusammenarbeit mit der Kommunalkredit Public Consulting und dem BMLFUW kontinuierlich um eine Steigerung der Fördereffizienz in der Bundesumweltförderung. Dies geschieht durch Forcierung von Fördergegenständen, bei denen der Fördereuro am kosteneffizientesten eingesetzt wird. So wurde im Mittel über sämtliche Fördergegenstände eine Steigerung der Kosteneffizienz von 8,6 €/t CO₂-Äqu. im Jahr 2000 auf 6,8 €/t im Jahr 2008 - an der gesamten Nutzungsdauer gemessen - verzeichnet. Die Inflation war hierbei nicht berücksichtigt, sodass die reale Effizienzsteigerung noch höher ausfiel. Im Jahr 2010 ist jedoch eine erhebliche Reduktion der Kosteneffizienz auf ca. 11,7 €/t im Jahr 2010 festzustellen. Ob sich dieser Trend im Jahr 2011 fortsetzt bleibt abzuwarten.

Nationalparks

Der Errichtung und dem Betrieb von Nationalparks liegen unter anderem folgende Zielsetzungen zugrunde (vgl. z. B. BGBI. I Nr. 51/1997):

- Förderung und Erhaltung des naturnahen und landschaftlich wertvollen Gebiets
- Bewahrung der Tier- und Pflanzenwelt
- Wahrnehmung der Möglichkeiten von Nutzungen des Gebietes zu Zwecken der Bildung und Erholung, Wissenschaft und Forschung
- Akzeptanz der Bevölkerung und internationale Anerkennung

Die österreichischen Nationalparks (Hohe Tauern, Neusiedlersee-Seewinkel, Donau-Auen, Kalkalpen, Thayatal, Gesäuse) haben über die Kernaufgabe des Naturschutzes hinaus hohe Bedeutung für Österreich. Die internationale Anerkennung durch IUCN (International Union for the Conservation of Nature) ist für alle Nationalparks gegeben.

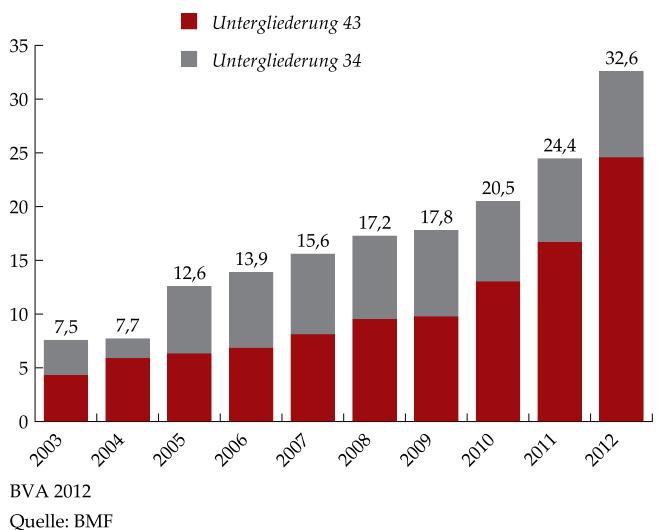
Die sechs österreichischen Nationalparks umfassen rund 3 % der Staatsfläche. Der erste österreichische Nationalpark wurde im Jahr 1981 in den Hohen Tauern in Kärnten geschaffen. In der Folge wurde der Nationalpark Hohe Tauern auf die Bundesländer Salzburg und Tirol ausgeweitet. Er umfasst heute rund 180.000 ha und ist der größte in Mitteleuropa. Der erste grenzüberschreitende Nationalpark ist Neusiedlersee-Seewinkel an der österreichisch-ungarischen Grenze. Danach wurden die Nationalparks Donau-Auen, OÖ Kalkalpen und Thayatal (ebenfalls grenzüberschreitend) eingerichtet. Im Jahr 2003 kam als jüngster österreichischer Nationalpark der Nationalpark Gesäuse in der Steiermark dazu. Für die österreichischen Nationalparks werden jährlich rund 11 Mio. € an Bundesmitteln aufgewendet.

Strahlenschutz

In Österreich wird gemäß Strahlenschutzgesetz eine systematische Strahlenüberwachung betrieben. Die Agenden des Strahlenschutzes sind im Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (BMLFUW) angesiedelt. Mit Unterstützung des Umweltbundesamtes betreibt das BMLFUW das österreichische Strahlenfrühwarnsystem, das an 336 Messstationen die Gamma-Ortsdosisleistung überwacht. Zur Beseitigung von radioaktiven Abfällen hat sich das Austrian Research Center GmbH – ARC verpflichtet. Der Bund zahlt Zuschüsse zur Abdeckung der Kosten. Wie die unten abgebildete Grafik zeigt, sind die Ausgaben für Strahlenschutz der Untergliederungen 43 und 34 in den letzten Jahren deutlich angestiegen. Für das Jahr 2011 waren im Bundesbudget bereits 24,4 Mio. € veranschlagt, im BVA 2012 sind 32,6 Mio. € vorgesehen.

Ausgaben für Strahlenschutz

in Mio. €



JI/CDM-Programm

Das Joint Implementation / Clean Development Mechanism (kurz JI/CDM)-Programm ist als vierte Säule im Umweltförderungsgesetz verankert und dient dem Ankauf von Emissionsreduktionseinheiten aus JI- und CDM-Projekten sowie der Beteiligung an Fonds, mit deren Hilfe ein Beitrag zur Erreichung des österreichischen Kyoto-Ziels geleistet werden soll. Im Jahr 2009 wurden in diesem Zusammenhang drei JI-Projekte, sieben CDM-Projekte sowie zwei Green Investment Schemes (GIS) unterzeichnet. Damit konnten zusätzlich 9,07 Mio. Tonnen Emissionsreduktionseinheiten für Österreich vertraglich sichergestellt werden. Für das Jahr 2012 sind für das JI/CDM-Programm 182,63 Mio. € veranschlagt.

Seit dem Start des österreichischen JI/CDM-Programms im Jahr 2003 wurden insgesamt 78 Projekte sowie eine Fondsbeteiligung, drei Carbon-Fazilitäten und drei Green Investment Schemes abgeschlossen.

Zur Erreichung des Kyoto-Ziels konnte somit bislang für rund 48,9 Mio. Tonnen Reduktionseinheiten vorgesorgt werden. Der Durchschnittspreis pro Tonne betrug 8,99 €.

Bis Ende 2010 wurden dem österreichischen Programm insgesamt 85 JI- und 268 CDM-Projekte angeboten. Anhand der Anzahl der Projekte zeichnen sich im JI-Bereich die Schwerpunktländer Russland und Ukraine ab. Bei den CDM-Projekten rangieren

China und Indien auf den ersten beiden Plätzen. Die angebotenen Projekte umfassen sämtliche wesentlichen Technologien zur Reduktion von Treibhausgasemissionen. Im JI-Bereich dominieren – bezogen auf die Anzahl – vor allem Deponiegas-, Windpark- und Energieeffizienz-/Fuel-Switch-Projekte. Im CDM-Bereich sind die am häufigsten angebotenen Projekttechnologien Biomasse, Windkraft, Wasserkraft und diverse Energieeffizienz-/Fuel-Switch-Projekte. Die erwartete Emissionsreduktion pro Projekt beträgt 2010 zwischen 77.320 Tonnen und 1,5 Mio. Tonnen CO₂-Äquivalente.

Das Gesamtvolumen des JI/CDM-Programms beträgt bis zum Jahre 2012 gemäß Umweltfördergesetz in der aktuellen Fassung 531 Mio. €. Bis Ende 2010 konnten in diesem Zusammenhang Emissionsreduktionseinheiten iHv 21,5 Mio. Tonnen auf das Konto des Österreichischen JI/CDM-Programms gutgeschrieben werden.

Flexible Reserve Emissionshandel

Im Rahmen des Emissionszertifikategesetzes werden in den Jahren 2008-2012 Emissionsrechte (sog. Emissionszertifikate) kostenfrei an Anlagenbetreiber der Sektoren Industrie und Energieerzeugung zugeteilt. Neue Anlagenbetreiber haben ebenfalls Anspruch auf kostenfreie Zuteilung von Zertifikaten, die vom Umweltminister anzukaufen und den Betreibern kostenfrei zur Verfügung zu stellen sind. Für 2012 sind im Budget unter diesem Titel 92,52 Mio. € vorgesehen.

2.4 Steuerliche Leistungen im Umweltbereich

Als Leistungen im Bereich der abgabenrechtlichen Maßnahmen der letzten Dekade zur Ökologisierung des Steuersystems können folgende angeführt werden:

- Befristete Erhöhung der Kraftfahrzeugsteuer im Zeitraum 1. 1. 2001 bis zur Einführung der fahrleistungsabhängigen Maut mit 1. 1. 2004, Abschaffung der Straßenbenützungsabgabe mit Einführung der fahrleistungsabhängigen Maut mit 1. 1. 2004.

- Erhöhung der Mineralölsteuer und Spreizung des Steuersatzes nach dem Schwefelgehalt im Jahr 2004. Diesel wurde um 2 Cent/l und Benzin um 1 Cent/l angehoben. Erhöhung der Steuersätze um zusätzlich 1,5 Cent/l bei nicht entschwefelten Produkten.
- Einführung der Kohleabgabe (0,05 €/kg) und Erhöhung der Erdgasabgabe (auf 0,066 €/m³) im Jahr 2004.
- Neugestaltung der Energieabgabenvergütung (Umsetzung der Energiesteuer-Richtlinie, unterjährige Teilvergütung der Energieabgaben) im Jahr 2004.
- Befristete steuerliche Förderung des Einbaus von Partikelfiltern (1. 7. 2005 bis 30. 6. 2007). Verlängerung der steuerlichen Förderung bis Juni 2008.
- Steuerliche Förderung von biogenen Treibstoffen (reduzierte Mineralölsteuer für schwefelfreie biogen zugemischte Treibstoffe, Weiterführung der Steuerbefreiung rein biogener Treibstoffe) ab dem 1. 10. 2005.
- Erhöhung des Sicherheitsbeitrages auf Flugtickets mit 1. 1. 2005.
- Erhöhung der Mineralölsteuer auf Diesel (5 Cent/l) und Benzin (3 Cent/l) mit 1. 7. 2007.
- Senkung der Kraftfahrzeugsteuer um 50 % im Zusammenhang mit der Erhöhung der fahrleistungsabhängigen Lkw-Maut.
- Erhöhung der Mineralölsteuer auf Gasöl für Heizzwecke mit 1. 7. 2008 um 3 Cent/l, sofern das Produkt nicht entschwefelt ist.
- Einführung eines Bonus (für Fahrzeuge mit geringen CO₂- und NOx-Emissionen und für Fahrzeuge mit alternativem Antrieb/Treibstoff) und eines Malus (für Fahrzeuge mit hohen CO₂-Emissionen) bei der Normverbrauchsabgabe mit 1. 7. 2008.
- Erhöhung der Mineralölsteuer auf Diesel und Benzin um 5 Cent/l bzw. 4 Cent/l mit 1. 1. 2011.

Genehmigte Förderansuchen in der Umweltförderung des Bundes in Mio. €

3. Tabellenteil

Förderungsbereich	2004				2006				2008				2009				2010				1993 bis 2010				
	Umwelt-relevantes Förder-bar-volumen	Förder-wert	Anzahl	Investitions-volumen	Förder-bar-wert	Umwelt-relevantes Förder-bar-volumen	Förder-wert	Anzahl	Investitions-volumen	Förder-bar-wert															
Siedlungswasserwirtschaft	903,6	220,3	717,7	181,8	704,4	175,7	567,0	149,5	754,0	175,7	829,7	192,2	556,0	128,8	32,45	15.163,9	4.467,6								
Betriebliche Abwassermaßnahmen	21,4	5,2	54,7	7,5	6,7	1,5	5,7	1,6	2,8	0,9	8,1	2,1	3,7	0,9	491	430,1	83,1								
Forschung Siedlungswasserwirtschaft	0,9	0,9	0,4	0,2	1,8	1,5	2,4	1,5	0,2	0,2	1,8	0,7	1,1	1,0	158	40,5	16,1								
Umweltförderung im Inland	282,0	53,2	333,1	63,0	437,6	75,7	411,7	82,3	404,4	82,4	452,3	81,5	571,1	87,3	20.695	4.385,6	840,4								
Umweltförderung im Ausland	7,1	0,9	30,1	3,4	5,4	0,6	5,3	0,6	31,5	1,8	0,0	0,0	0,0	0,0	166	360,0	50,1								
Altlasten	41,7	34,9	23,5	18,6	21,1	15,0	12,8	10,1	76,1	56,7	43,7	38,0	34,4	29,7	187	963,4	719,9								
Forschung Altlasten			3,0	2,4	3,1	1,6	0,0	0,0	0,9	0,6	0,1	0,0	1,4	1,3	29	14,6	12,7								
Gewässerökologie Konjunkturpaket											6,5	3,5	15,3	46	21,8	3,5									
Summe	1.256,6	315,3	1.162,5	276,9	1.180,1	271,4	1.004,9	245,4	1.269,9	318,3	1.912,7	396,6	1.309,2	274,3	69,773	22.076,6	6.297,3								

Quelle: BMELFUW / KPC

Umweltförderungen des Bundes: Gesamtzusagen in Mio. €

Jahr	Anzahl der Fälle	Förderbarwert
1999	1.757	342,0
2000	2.579	531,9
2001	2.828	492,3
2002	3.238	351,2
2003	3.641	345,5
2004	3.750	329,5
2005	3.175	276,9 ¹⁾
2006	4.312	271,4
2007	4.816	245,4
2008	5.488	318,3
2009	21.876	396,6 ²⁾
2010	5.984	280,9 ²⁾

Quelle: BMLFUW / KPC

¹⁾ ab 2005 werden JI/CDM Projekte gesondert in den Jahresberichten ausgewiesen und sind daher hier nicht hinzugerechnet

²⁾ inkl. Konjunkturpaket

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	1993-2010
Siedlungswasserwirtschaft	275,5	277,8	283,7	291,8	301,5	311,1	316,9	3.403,9
Betriebliche Abwassermaßnahmen	4,6	7,9	0,8	2,1	4,6	1,2	1,4	71,8
Forschung Siedlungswasserwirtschaft	1,2	0,7	2,6	0,8	0,5	0,7	0,9	16,3
Umweltförderung im Inland	42,3	42,0	50,1	77,2	79,0	84,2	92,7	761,9
Umweltförderung im Ausland	3,5	3,4	3,0	0,9	0,9	1,9	0,4	72,1
Konjunkturpaket						11,9	51,6	63,5
Altlasten					29,3	31,6	24,6	562,3
Forschung Altlastensanierung					1,4	0,4	0,4	10,1
Summe	402,0	387,0	378,5	388,9	417,2	443,0	488,9	4.961,9

Quelle: BMLFUW / KPC

Umweltförderungen des Bundes: Siedlungswasserwirtschaft (SWW) in Mio. €

Jahr	Anzahl der Fälle	Förderbarwert
1999	1.084	272,2
2000	1.748	394,6
2001	1.933	333,7
2002	2.555	279,8
2003	2.715	272,1
2004	2.775	226,3
2005	1.761	189,5
2006	1.961	178,6
2007	1.872	152,5
2008	2.869	176,8
2009	3.437	192,2
2010	2.896	128,8

Quelle: BMLFUW / KPC

Umweltförderung des Bundes: Auszahlungen in Mio. €

Umweltförderungen des Bundes: Betriebliche Abwassermaßnahmen (BAM)
in Mio. €

Jahr	Anzahl der Fälle	Förderbarwert
1999	36	9,4
2000	59	9,0
2001	48	3,1
2002	14	4,4
2003	55	2,4
2004	42	5,2
2005	9	7,5
2006	8	1,5
2007	6	1,6
2008	6	0,9
2009	8	2,1
2010	1	0,9

Quelle: BMLFUW / KPC

Umweltförderungen des Bundes: Umweltförderung im Inland (UFI)
in Mio. €

Jahr	Anzahl der Fälle	Förderbarwert
1999	604	43,6
2000	726	29,5
2001	809	35,5
2002	664	50,1
2003	905	40,4
2004	961	53,2
2005	1.387	63,0
2006	2.333	75,7
2007	2.935	82,3
2008	2.607	82,4
2009	3.473	84,2
2010	2.399	87,3

Quelle: BMLFUW / KPC

Umweltförderungen des Bundes: Umweltförderung im Ausland (UFA)
in Mio. €

Jahr	Anzahl der Fälle	Förderbarwert
1999	6	1,9
2000	14	5,4
2001	13	2,8
2002	13	5,2
2003	12	1,2
2004	3	0,9
2005	13	3,4
2006	5	0,6
2007	4	0,6
2008	2	1,8
2009	0	0
2010	0	0

Quelle: BMLFUW / KPC

Umweltförderungen des Bundes: Altlastensanierung (ALSAG)
in Mio. €

Jahr	Anzahl der Fälle	Förderbarwert
1999	12	14,9
2000	23	91,9
2001	19	116,4
2002	6	16,1
2003	9	31,8
2004	5	34,9
2005	10	18,6
2006	11	15,0
2007	5	10,1
2008	8	56,7
2009	16	38,0
2010	12	29,7

Quelle: BMLFUW / KPC

Umweltförderung im Inland 2010

Bundesland	UFI Projekte (in %)	Förderung UFI (in Mio Euro)
Burgenland	3	1
Kärnten	9	7
Niederösterreich	16	15
Oberösterreich	23	28
Salzburg	9	8
Steiermark	15	17
Tirol	15	13
Vorarlberg	7	7
Wien	3	4
Summe	100	100
Summe absolut	2.399	87,30

Quelle: BMLFUW / KPC

Ausgaben des Kapitels 43 für Umweltschutz
in % bzw. in Mio. €

	in % des Bundshaushaltes	in % des BIP	in Mio. €
1997	0,33	0,11	201,9
1998	0,43	0,13	243,9
1999	0,48	0,14	273,2
2000	0,53	0,15	310,4
2001	0,61	0,17	370,3
2002	0,66	0,19	409,1
2003	0,83	0,22	508,4
2004	0,77	0,21	503,6
2005	0,75	0,20	492,6
2006	0,67	0,19	475,4
2007	0,68	0,21	492,6
2008	0,86	0,22	601,6
2009	1,09	0,25	675,1
2010	1,08	0,27	765,7
2011	1,17	0,28	821,9
2012	1,34	0,31	987,5

Quelle: BMF

BVA 2012

Klimarelevante CO₂ Reduktionen der UFI t/a
in Tonnen

Jahr	Reduktion
1998	106.974
1999	396.015
2000	170.715
2001	423.054
2002	675.727
2003	686.468
2004	567.341
2005	645.053
2006	717.659
2007	785.164
2008	589.278
2009	401.128
2010	359.502
Summe	6.524.078

Quelle: BMLFUW/BMF eigene Berechnungen

Die jährliche CO₂ Reduktion ist über die jährliche Nutzungsdauer (zwischen 10 und 30 Jahren) der geförderten Anlagen gegeben.**Verteilung der Umweltschutzausgaben 2008**
in %

Ausgaben	Verteilung
Luftreinhaltung und Klimaschutz	7,2
Gewässerschutz	25,3
Abfallbehandlung u. -vermeidung	26,5
Boden- und Grundwasserschutz	10,2
Lärmschutz	7,4
Schutz d. biologischen Vielfalt	6,6
F & E und Strahlenschutz	1,7
Allgemein	15,1
Summe	100,0

Quelle: Statistik Austria 2011; Umweltschutzausgabenrechnung 2008

Ausgaben für Strahlenschutz

in Mio. €

Jahr	UG 43	UG 34	Gesamt
2003	4,30	3,25	7,55
2004	5,88	1,81	7,69
2005	6,31	6,21	12,52
2006	6,86	7,00	13,87
2007	8,10	7,47	15,57
2008	9,71	7,73	17,44
2009	9,76	8,01	17,77
2010	13,01	7,46	20,47
2011	16,71	7,73	24,44
2012	24,56	8,00	32,56

Quelle: BMF

BVA 2012

4. Technischer Teil

4.1 Veranschlagung und Verwendung der Umweltausgaben im Budget

Die technische Beilage enthält eine Aufstellung der Ausgaben des Bundes für Umweltschutz. In der Veranschlagung bzw. Verrechnung des Bundesbudgets werden die Ausgaben nicht nach dem Kriterium der Umweltwirksamkeit unterschieden, sondern nach der Gliederung des Bundeshaushaltes.

Die Auswertung ist auch auf der Homepage des BMF (www.bmf.gv.at/Budget) verfügbar.

4.2 Definition der Umweltschutzausgaben nach EUROSTAT

(SERIEE-Handbuch, CEPA 1994)

Level Code Beschreibung

1 1	Luftreinhaltung und Klimaschutz	2 2.2	Kanalisationssysteme
2 1.1	Vermeidung der Luftverschmutzung durch prozessintegrierte Maßnahmen	2 2.3	Abwasserbehandlung
3 1.1.1	Luftreinhaltung	2 2.4	Behandlung von Kühlwasser
3 1.1.2	Schutz des Klimas und der Ozonschicht	2 2.5	Messung, Kontrolle, Analyse u. ä.
2 1.2	Behandlung von Abgasen und Abluft	2 2.6	Sonstige Aktivitäten
3 1.2.1	Luftreinhaltung	1 3	Abfallwirtschaft
3 1.2.2	Schutz des Klimas und der Ozonschicht	2 3.1	Vermeidung der Verschmutzung durch prozessintegrierte Maßnahmen
2 1.3	Messung, Kontrolle, Analyse u. ä.	2 3.2	Sammlung und Beförderung von Abfällen
2 1.4	Sonstige Aktivitäten	2 3.3	Behandlung und Beseitigung gefährlicher Abfälle
1 2	Gewässerschutz	3 3.3.1	Thermische Behandlung
2 2.1	Vermeidung der Gewässerverschmutzung durch prozessintegrierte Maßnahmen	3 3.3.2	Deponie
		3 3.3.3	Sonstige Arten der Behandlung und Beseitigung
		2 3.4	Behandlung und Beseitigung Ungefährlicher Abfälle
		3 3.4.1	Verbrennung
		3 3.4.2	Deponie
		3 3.4.3	Sonstige Arten der Behandlung und Beseitigung
		2 3.5	Messung, Kontrolle, Analyse u. ä.
		2 3.6	Sonstige Aktivitäten
1 4	Boden- und Grundwasserschutz	2 4.1	Schutz gegen das Eindringen von Schadstoffen
2 4.2	Bodensanierung	2 4.2	Lärm- und Erschütterungsschutz
2 4.3	Messung, Kontrolle, Analyse u. ä.	2 4.3	(ohne Arbeitsschutz)
2 4.4	Sonstige Aktivitäten	1 5	Lärm und Erschütterungen durch Straßen- und Schienenverkehr
1 5	Lärm- und Erschütterungsschutz	3 5.1.1	Vorbeugende prozessintegrierte Maßnahmen an der Quelle
	(ohne Arbeitsschutz)	3 5.1.2	Bau von Lärmschutzanlagen
		2 5.2	Fluglärm
		3 5.2.1	Vorbeugende prozessintegrierte Maßnahmen an der Quelle
		3 5.2.2	Bau von Lärmschutzanlagen
		2 5.3	Industrielärm
		2 5.4	Messung, Kontrolle, Analyse u. ä.
		2 5.5	Sonstige Aktivitäten
		1 6	Arten- und Landschaftsschutz
		2 6.1	Artenschutz

- 2 6.2 Landschaftsschutz und Schutz von Lebensräumen, darunter
- 3 6.2.1 Schutz der Wälder
- 2 6.3 Wiederansiedlung von Tier- und Pflanzenarten sowie Wiederherstellung von Landschaften
- 2 6.4 Wiederherstellung und Reinigung von Gewässern
- 2 6.5 Messung, Kontrolle, Analyse u. ä.
- 2 6.6 Sonstige Aktivitäten
- 1 7 Strahlenschutz (ohne Kernkraftwerke und militärische Einrichtungen)
- 2 7.1 Schutz der Umweltmedien
- 2 7.2 Messung, Kontrolle, Analyse u. ä.
- 2 7.3 Sonstige Aktivitäten
- 1 8 Forschung und Entwicklung
- 2 8.1 Luftreinhaltung und Klimaschutz
- 3 8.1.1 Luftreinhaltung
- 3 8.1.2 Schutz der Atmosphäre und des Klimas
- 2 8.2 Schutz des Wassers
- 2 8.3 Abfall
- 2 8.4 Boden- und Grundwasserschutz
- 2 8.5 Bekämpfung von Lärm und Vibration
- 2 8.6 Schutz der Arten und Lebensräume
- 2 8.7 Strahlenschutz
- 2 8.8 Sonstige Forschung zum Umweltschutz
- 1 9 Sonstige Umweltschutzaktivitäten
- 2 9.1 Allgemeine Verwaltung
- 2 9.2 Erziehung, Ausbildung und Information
- 2 9.3 Zu unteilbaren Ausgaben führende Aktivitäten
- 2 9.4 Anderweitig nicht genannte Aktivitäten